

Rundgebungen in Berlin.

Berlin, 26. November. Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands versuchte auch am gestrigen Totensonntag im Norden und Osten Berlins Rundgebungen auf der Straße zu veranstalten. Ansammlungen von einigen hundert Personen schlossen sich vom Weddingplatz und Schlesischen Bahnhof aus schließlich am Bülowplatz zusammen und versuchten von dort in das Stadtinnere zu gelangen. Die Menge stieß auf dem Neuen Markt mit der Polizei zusammen, wobei neun Zwangsfeststellungen erfolgten. Das Straßenbild war am späten Nachmittag wieder wie gewöhnlich.

Ministerrat.

Gestern nachmittags um 4 Uhr fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler statt.

Parlamentarisches.

Die Delegationstagung.

Montag, den 3. Dezember, nachmittags werden die beiden Delegationen ihre Eröffnungssitzungen abhalten und die Konstituierung vornehmen. Dienstag findet die feierliche Eröffnung der Session durch den Kaiser statt, worauf die meritorischen Beratungen beginnen werden. In demselben Tage wird Graf Czernin sein Exposé im Ausschuss für Neuheres der ungarischen Delegation halten. Wie die christlichsoziale Parteikorrespondenz mitteilt, wird auf österreichischer Seite entgegen den ungarischen Wünschen, daß die Sessionsdauer sich nicht über Neujahr erstreckt, darauf hingewiesen, daß angesichts der Wichtigkeit und Bedeutung der diesmahligen Beratungen es kaum möglich sein werde, in so kurzer Zeit allen Erwartungen zu entsprechen, die an die Delegationen mit Fug und Recht gestellt werden.

Die Steuerberatungen im Herrenhause.

Die Korrespondenz „Austria“ meldet: Von Mitgliedern der drei Gruppen des Herrenhauses wird über die Stimmung in ihren Kreisen mitgeteilt: Das Herrenhaus wünscht nichts weniger als einen Konflikt mit dem Abgeordnetenhause. Ein solcher entspräche nicht der Zeit und noch weniger der Stimmung des Herrenhauses. Aber auch aus sachlichen Gründen ist zu erwarten, daß hinsichtlich der Differenzen in der Kriegssteuer, ganz gewiß aber jener betreffend die Erhöhung der Totalisateurensteuer das Herrenhaus gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, beziehungsweise seines Finanzausschusses, ein so weitgehendes Entgegenkommen bekunden wird, daß jede Verstimmung beseitigt und die Meinungsverschiedenheiten gütlich ausgeglichen werden. Sollte durch die Beschlüsse betreffend der Kennzeichen die Pferdezücht Schaden leiden, so werden Mittel und Wege gefunden werden, dies zu verhindern. Die Frage dürfte aber zu keinem Gegensatz zwischen beiden Häusern führen.

Wiener Angelegenheiten.

Die Ernährung Wiens.

Die Abgeordneten im Rathause.

Im Rathause sind gestern, einem Abse des Bürgermeisters folgend, sämtliche Abgeordneten Wiens erschienen, um die Ernährungsverhältnisse zu besprechen und Abwehrmaßnahmen zu beraten. In der Rede, mit der Dr. Weiskirchner die Versammlung begrüßte, zeigt sich der Ernst der gegenwärtigen Situation, und man muß dem Bürgermeister beipflichten, wenn er sagt, daß eine Brotnot bei dem Mangel aller andern Mittel wohl der ärgste Schlag für die Bevölkerung wäre. In einem eingehenden Bericht schilderte der Leiter des städtischen Brot- und Mehlanthes Magistratssekretär Dr. K o s t o p f die gegenwärtige Lage auf dem Mehlmarkt und stellte eine Reihe von Anträgen, deren Durchführung den Getreide- und Mehlbedarf sicherstellen soll. Es entwickelte sich hierauf eine längere Debatte, in der sämtliche Abgeordneten ihre Zustimmung zu einem gemeinsamen Schritt kundgaben. Auf Antrag des Abg. S e i z wurde beschlossen, eine Konferenz der Abgeordneten mit der Regierung einzuberufen und zu dieser die Leiter aller Zentralstellen zu laden, die bei der Lösung der Ernährungsfrage mitzureden haben. In diesem Sinne wird nunmehr der Bürgermeister an den Ministerpräsidenten herantreten.

Zur nachstehenden der uns aus dem Rathause zugekommene offizielle Bericht:

In Ausführung des Beschlusses der letzten Obmannkonferenz hatte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Wiener Abgeordneten und die Parteileitenden des Wiener Gemeinderates gestern ins Rathaus eingeladen, um die gegenwärtige Lage der Mehlversorgung der Stadt Wien zu besprechen. Der Einladung hatten Folge geleistet die Reichsratsabgeordneten Dr. Viktor Adler, Dr. Josef von Baeckle, David, Kommerzialrat Dent, Domes, Forstner, Friedmann, Ganzer, Dr. Seilinger, Hofrat Freiherr v. Hod, Kubin, Miranda, Reußner, Doktor Mataja, Dr. Neumann, Dr. Ofner, Reisküller, Neumann, Seiz, Seuber, Schlegl, Volkert, Doktor Haber, Widholz, Winter und Jentler. Ferner waren anwesend die Bezirksbürgermeister Bierhammer, Hof und Rain, Landesauschuß Regierungsrat Sturm und in Vertretung der Gemeinderatsparteien die Gemeinderäte v. Steiner, Leitner, Dr. Helm und Dr. v. Dorn.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Herren und sprach ihnen seinen verbindlichsten Dank aus, daß sie der Einladung Folge geleistet. Er skizzierte kurz die Ursache der Einlösung und sagte, daß der Ernst der Lage und die Not des Volkes der Zusammenfassung aller verantwortungsvollen Faktoren bedürfe. Die Besprechung habe keineswegs den Zweck, die Verantwortung des Bürgermeisters oder der Gemeinde zu entlasten. Der Zweck sei hauptsächlich, den Wiener Abgeordneten Informationen vom Standpunkte der Stadtverwaltung zu geben und ihnen Anträge zu unterbreiten, die sie zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion machen können. Es könnte allerdings die Frage aufgeworfen werden, warum die Stadtverwaltung erst jetzt an die Vertreter im Abgeordnetenhause herantrete. Es sind im Laufe der Ernährungsmonate wiederholt schwere Krisen in der Ernährungsfrage aufgetreten, sie waren aber vereinzelt und wurden einzeln durch die bewundernswürdige, anfangs durch Opferwilligkeit der Bevölkerung, später durch Maßnahmen der Regierung und der Gemeinde überwunden. Der jetzige Notstand berge aber Gefahren in sich, die wohl mit früheren Zuständen nicht zu vergleichen seien, hervorgerufen durch die Länge des Krieges und durch die schwierige Stellung des Ernährungsamtes, das nicht mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sei. Andererseits sei es eine Tatsache, daß die Militärverwaltung die Tragfähigkeit der Bevölkerung des Hinterlandes zu überschätzen geneigt ist. Auch der Minister des Neubens müsse sich bei seinen Erwägungen über die Richtlinien der auswärtigen Politik nicht bloß von unsern glänzenden militärischen Leistungen leiten lassen. Sondern auch die Verhältnisse im Hinterlande würdigen. Zur Knappheit der Lebensmittel geselle sich eine arge Transportkrise, welche eine Einschränkung der Kohlenzufuhr zur Folge hat, die bereits zur Einstellung von einzelnen industriellen Betrieben in der Provinz und auch in Wien geführt habe, was wieder Arbeitslosigkeit nach sich ziehe. Wenn nun zur Unterernährung und Kälte noch Arbeitslosigkeit tritt, dann ist es gewiß gerätlos, daß bei einem solchen Notstande alle Vertrauensmänner der Bevölkerung Wiens im Wiener Rathause zusammenzutreten. Gewiß besteht auch in andern Städten, insbesondere in den deutschen Städten Böhmens, ein Notstand, der aber bei uns durch die Zahl der Bevölkerung — Wien hat doch eine Bevölkerung von fast 2 1/2 Millionen Einwohnern — potenziert wird. Wir leiden ja auch an einer Knappheit an Milch, Petroleum und Kohle, der Fettmangel ist sehr groß, aber nach meiner Ueberszeugung, sagt der Bürgermeister, ist eine Brotnot das Ärgste, was die Bevölkerung treffen könnte.

Der Bericht des Brot und Mehlanthes.

Der Vorstand des städtischen Brot- und Mehlanthes Magistratssekretär Dr. K o s t o p f erstattete sodann einen eingehenden Bericht über den ganzen Komplex der Brot- und Mehlfage. Er schilderte zunächst die Maßnahmen der Gemeinde Wien: Forderung der Festsetzung von Höchstpreisen im August 1914 und Wiederholung dieser Forderung am 30. September 1914; Aushebung der Getreidezölle, Begünstigung der Einfuhr aus neutralen Ländern und Erlassung eines Ausfuhrverbotes. Auch im August 1914 wurden größere Mengen Getreide aus Ungarn von der Gemeinde angekauft, im Oktober desselben Jahres wurde ein Schluß auf ziemlich bedeutende Maismengen aus Rumänien gemacht, die allerdings erst im April 1915 zur Ablieferung kamen. Im März 1915 wurde das städtische Brot- und Mehlanthe geschaffen. Nachdem durch die Sperreverordnung im Februar 1915 der Handel mit Mahlprodukten vollkommen lahmgelegt war, wurde die Ernährungsfrage eingehend in fünf politischen Bezirken wiederholt eingehend, und mit vieler Mühe wurden rund 1000 Tonnen Getreide angebracht. Im Juni 1915